

Protokolleintrag vom 08.12.2010

2010/515

Erklärung der SP-Fraktion vom 08.12.2010:

Voranschlag (Budget) 2011

Solide Finanzpolitik statt verantwortungsloser Verweigerungshaltung

Die sozialdemokratische Fraktion steht ein für eine realistische und umsichtige Finanzpolitik. Noch zu Beginn der 1990er Jahre galt Zürich als sogenannte AAA-Stadt, als Stadt, in der nur noch Alte, Arme und Ausländer wohnen und als Stadt mit riesigen finanziellen Problemen. Heute, zwanzig Jahre später, beschäftigen wir uns eher mit den Schattenseiten des Erfolgs, mit dem Bevölkerungswachstum und dem ausgetrockneten Wohnungsmarkt.

SVP, FDP, CVP, EVP und GLP gefährden mit ihrem Rückweisungsantrag, der in einem Jahr 220 Millionen kürzen will, mutwillig diese Erfolgsgeschichte. Denn von 8 Milliarden des städtischen Budgets sind 1,6 Milliarden überhaupt beeinflussbar. Diese Summe um 220 Millionen Franken zu verringern, ist kein Kinderspiel. Klar ist: Eine Kürzung der Ausgaben in diesem Umfang wird für die Stadtbevölkerung spürbare Folgen haben. Der freisinnige Finanzvorstand Martin Vollenwyder hat denn auch schon angedeutet, welche Auswirkungen der bürgerliche Schnellschuss haben könnte. Das Personal wird Abstriche machen müssen, Grossprojekte wie Stadion und Kongresshaus können nicht oder erst später realisiert werden. Der Ausbau der Kinderbetreuung wird gestoppt, die Beiträge werden erhöht. Investitionen in die 2000-Watt-Gesellschaft müssen warten, die Stadtspitäler und die Polizei müssen auf Personal verzichten. All dies ohne Not.

Wer Leistungen kürzen will, muss auch die Verantwortung dafür übernehmen – doch davor drücken sich die bürgerlichen Parteien. Denn es ist allen klar, dass sie selbst sich nicht annähernd im geforderten Umfang auf konkrete Kürzungen einigen könnten. Dies sieht man bereits im Abstimmungsverhalten in der RPK. Die SVP will mehr Polizisten, die FDP wohl nicht auf das Kongresshaus verzichten, die Grünliberalen wollen beim öffentlichen Verkehr und bei Investitionen in die 2000-Watt-Gesellschaft mehr ausgeben, CVP und EVP haben schon verlauten lassen, beim Personal solle nicht gespart werden. Weil sich diese Parteien nicht einigen konnten, auf welche Stellen und auf welche Leistungen künftig verzichtet werden soll, wollen sie die Verantwortung an den Stadtrat abschieben. Wer so vorgeht, handelt unverantwortlich, inkompetent und verweigert sich der politischen Arbeit.

Das heutige Trauerspiel ist auch vollkommen unnötig. Denn anders als die Rückweisungskoalition behauptet, hat die Stadt Zürich kein strukturelles, sondern ein konjunkturelles Defizit. Genau hierfür verfügt die Stadt Zürich ja über ihr – genügend grosses – Eigenkapital. Angesichts der finanzpolitischen Schwarzmalerei dieser Tage sei daran erinnert: Die Stadt Zürich konnte neun Jahre lang konstant Überschüsse ausweisen, hat über drei Milliarden Franken Schulden abgebaut sowie einen Bilanzfehlbetrag von minus anderthalb Milliarden Franken aus dem Jahr 1998 in ein Eigenkapital von fast einer Milliarde Franken per Ende 2007 umgewandelt. Die Investitionen wurden auf hohem Niveau gehalten, was dem Gewerbe jährlich Aufträge im Wert von durchschnittlich 700 Millionen Franken einbrachte. Die Stadt konnte den Nachholbedarf vor allem bei den Schulhäusern und Strassensanierungen aufholen, das Stadion Letzigrund aus eigener Kraft bauen, die Angebote im Bereich Kinderbetreuung stark ausbauen, die Kultur fördern, für 115 Millionen Franken Wohnbauaktionen für die Stadtbevölkerung durchführen sowie massive Investitionen in erneuerbare Energien, ein Glasfasernetz und eine neue Tramlinie vorantreiben. Im gleichen Zeitraum konnte die Stadt Zürich den Steuerfuss in drei Schritten um elf Prozentpunkte senken und der Bevölkerung die Millionen-Gewinne des EWZ zurückerstatten. Tatsächlich gibt es ein Ausgaben- und ein Stellenwachstum in der Stadt Zürich. Das hat aber vor allem mit dem Bevölkerungswachstum zu tun und mit neuen Leistungen, die vom Volk oder vom Parlament beschlossen wurden. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist beispielsweise auf den Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Kinderbetreuung konkret“ zurückzuführen und auf das neue Volksschulgesetz, beide Vorlagen wurden vom Volk angenommen.

Das finanzpolitische Hauptproblem der Stadt Zürich ist die bürgerliche Politik der leeren Kassen. Jede Leistungskürzung bei Bund und Kanton geschieht nach dem Motto „den Letzten beißen die Hunde“. Was dort „eingespart“ wird, wird in der Regel – wie beispielsweise bei der Sanierung der Arbeitslosenversicherung – bloss an die nächsttiefere Ebene verschoben. Dazu kommt ein rigider Einnahmentzug auf Raten: Abschaffung der Erbschafts- und Handänderungssteuer, Halbierung der Kapitalsteuer, Senkung der Gewinnsteuern, Halbierung der Dividendenbesteuerung. Diese Steuersenkungen haben allein die Stadt Zürich bisher 300 Millionen Franken wiederkehrende jährliche Einnahmen gekostet. Weitere geplante Steuerausfälle, wie die Abschaffung der höchsten Progressionsstufe, die Senkung der Grundstückgewinnsteuer, die Verrechenbarkeit der Gewinn- mit der Kapitalsteuer oder die Schlechterstellung der Stadt im Finanzausgleich (Referendum JSVP, JFDP und Bund der Steuerzahler) wollen die kommunalen und kantonalen Finanzen gezielt schwächen. Diese einseitige Begünstigungs-Politik lehnen wir entschieden ab. Im Interesse der Bevölkerung und unserer Stadt.